

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

K 0298/2025 (BJD)

Kleine Anfrage Fraktion SP/junge SP: Was trägt der Kanton Solothurn zur Umsetzung des Aktionsplans Wohnungsknappheit bei? (17.12.2025)

Im Mai 2023 lud Bundesrat Guy Parmelin Vertreter und Vertreterinnen der Kantone, Städte und Gemeinden sowie der Bau- und Immobilienbranche zu einem Runden Tisch ein. Daraufhin liess er einen Aktionsplan Wohnungsknappheit erarbeiten, der im Februar 2024 von den Teilnehmenden des zweiten Runden Tisches verabschiedet wurde. Der Aktionsplan empfiehlt über 30 Massnahmen in den drei Themenbereichen Innenentwicklung erleichtern, Verfahren beschleunigen und genügend preisgünstigen Wohnraum sicherstellen.

Die Umsetzung der einzelnen Massnahmen obliegt den jeweils zuständigen und bezeichneten Partnerinnen und Partnern des Aktionsplans. Verschiedene Massnahmen sind im Zuständigkeitsbereich der Kantone. Es gilt nun, diese Aufgaben, zu denen sich die Kantone bekannt haben, zügig umzusetzen. Zu den wichtigsten Aufgaben gehören:

- Bei Mehrausnutzung einen Mindestanteil von preisgünstigem Wohnraum vorsehen
- Indirekte Wohnraumförderung stärken
- Förderung von altersgerechtem (und hindernisfreiem) Wohnraum
- Gemeinden bei der Erarbeitung von Strategien zur räumlichen Entwicklung unterstützen.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Der Aktionsplan Wohnungsknappheit empfiehlt, bei Mehrausnutzung einen Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum vorzusehen. Die Kantone werden aufgefordert, eine entsprechende Regelung in die kantonalen Raumplanungs- und Baugesetze aufzunehmen. Hat der Kanton Solothurn eine Regelung, die es den Gemeinden erlaubt, bei Aufzonungen und wenn Wohnnutzungen in bisherigen Gewerbezonem zugelassen werden, einen gewissen Anteil der zusätzlichen Ausnutzung für preisgünstige Wohnungen festzulegen? Wenn nein, wie und in welchem Zeitraum gedenkt der Kanton, eine entsprechende Regelung zu verankern?
2. Der Aktionsplan empfiehlt den Kantonen, die bestehende Wohnraumförderung des Bundes zu ergänzen. Der Bund fördert den gemeinnützigen Wohnungsbau zum einen mit zinsgünstigen Darlehen aus dem Fonds de Roulement, zum andern gewährt er Bürgschaften für langfristige Finanzierungen. Verschiedene Kantone kennen bereits Fördermassnahmen zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Gerade im Juni 2025 hat der Kanton Graubünden ein neues Instrument zur Förderung eingeführt. Wie fördert der Kanton Solothurn den gemeinnützigen Wohnungsbau? Gibt es Pläne, diese Förderung auszubauen?
3. Die demografische Entwicklung führt dazu, dass sich der Anteil der über 65-Jährigen in der Gesellschaft deutlich erhöht (auf rund 25 % bis 2050). An vielen Orten fehlt jedoch geeigneter und bezahlbarer Wohnraum für ältere Menschen. Dadurch verbleiben sie oft in zu grossen Wohnungen, was einer effizienten Flächennutzung widerspricht und wiederum den ebenso benötigten preisgünstigen Wohnraum beispielsweise für Familien blockiert. Was unternimmt der Kanton für die Förderung von altersgerechtem und hindernisfreiem Wohnraum?

4. Besonders schlecht ist die Situation bei bezahlbarem, bedürfnisgerechtem Wohnraum für Familien mit Kindern, gerade auch aus den unter 3. genannten Gründen. Die Ansiedlung von jungen Familien ist jedoch für die Zukunft des Kantons wichtig. Wie beurteilt der Kanton die aktuelle Situation bei Familienwohnungen? Was unternimmt er, um diese zu verbessern?
5. Die Planung der räumlichen Entwicklung und damit auch des Wohnraumangebots ist für Gemeinden oft eine anspruchsvolle Aufgabe. Der Kanton Waadt unterstützt seine Gemeinden finanziell bei der Erarbeitung einer Wohnraumstrategie. Der Aktionsplan Wohnungsknappheit empfiehlt allen Kantonen, Gemeinden bei der Erarbeitung von Wohnraumstrategien finanziell zu unterstützen. Wie steht der Kanton Solothurn zu dieser Empfehlung?
6. Das revidierte Raumplanungsgesetz, das der Bundesrat auf 2026 in Kraft gesetzt hat, lenkt die räumliche Entwicklung auf bereits besiedelte Gebiete. Die höhere Dichte muss so umgesetzt werden, dass die Bevölkerung sie akzeptiert. Qualitäten müssen erhalten oder neue geschaffen und partizipative Ansätze müssen gewählt werden. Zudem zeigen Studien, dass die Bevölkerung Verdichtung eher akzeptiert, wenn auch preisgünstige Wohnungen entstehen. Berücksichtigt der Kanton Solothurn diese Erkenntnisse bei der Umsetzung der angestrebten Innenentwicklung und wenn ja, wie?

Begründung 17.12.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: Aletti Melina, Fröhlicher Silvia, Anderegg Matthias, Bill Remo, Ingold Stefanie, Kälin Karin, Morstein Sandra, Nünlist Luc, Petiti Angela, Racine Matthias, Widmer Bettina, Wyss Nicole (12)